

# Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Deutschen Reiches  
nach der Anordnung des Reichsstatistikamtes  
ausgegeben am 31. Mai 1927  
Preis pro Stück 10 Pfennige

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Deutschen Reiches  
nach der Anordnung des Reichsstatistikamtes  
ausgegeben am 31. Mai 1927  
Preis pro Stück 10 Pfennige

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 125

Dienstag, den 31. Mai 1927

22. Jahrgang

### Presse- und Schlesiervereinerung in Breslau.

Breslau, 29. Mai. Im Anschluß an die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse fand am Sonntagabend im sehr gut besetzten Saale des Konzerthauses ein Festakt statt, der sich zu einer großen Schlesiervereinerung gestaltete. Die Rundgebung wurde über den Deutschland-Sender in ganz Deutschland durch Rundfunk verbreitet. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Chefredakteur Baedeker-Berlin, sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Wir deutsche Journalisten stehen entsprechend der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse unseres Volkes wohl alle irgendwie im Kampfe mit Berufsgefahren, aber wir sind uns bewußt, daß über diesem Kampf und über dieser Zersplitterung die Liebe zum gemeinsamen Vaterland stehen muß. (Beif. Beifall.)

In Vertretung des erkrankten Oberpräsidenten führte Vizepräsident Wesemann u. a. aus: Schwere Wunden hat der Krieg diesem blühenden Lande geschlagen. An seiner Nordgrenze hat Schlesien 50 000 Hektar deutschen Bodens mit 25 000 deutschen Einwohnern an Polen verloren. Schwer leiden die Grenzkreise, fast noch schwerer ist aber Niederschlesien durch den Verlust seines Hinterlandes getroffen. Die an Polen abgetretenen Landestteile waren einst die aufnahmefähigsten Wirtschaftsgebiete. Einen Ersatz dafür in Innerdeutschland zu finden, ist nur in beschränktem Maße möglich. Durch den polnischen Zollkrieg hat die schlesische Wirtschaft eine schwere Einbuße erlitten. Schlesiens Bevölkerung verlangt von der Gesamtheit des deutschen Volkes Verständnis für ihre Lage und tatkräftige Förderung von Reich und Staat. Wir müssen von dem Gefühl der Verlassenheit befreit werden.

In Vertretung des Oberpräsidenten von Oberschlesien sprach Vizepräsident Berger-Oppeln. Er schilderte die Not Oberschlesiens. Mitten durch lebenswichtige Betriebe geht die neue Grenze. Straßen und Eisenbahnlinien sind durchschnitten, Industriewerte stummlos zerteilt. Ein bekannter deutscher Gelehrter hat die neue Grenze eine europäische Schandwunde genannt. Die Oberschlesier verzweifeln aber nicht. Es wird mit allen Kräften versucht, die tiefen Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat. Nirgends ist seit dem Weltkrieg das so victis fürchterlicher zur Anwendung gekommen als gegenüber Oberschlesien. Wir brauchen die Presse als Freund, Berater und Kritiker. Machen Sie dies uns gegenüber wahr!

Darauf sprach der preussische Minister für Wissenschaft und Volksbildung, Dr. Becker, um die Grüße der Reichs- und Staatsregierung zu übermitteln. Er führte u. a. aus: Die Presse ist in erster Linie ein politisches

Machtinstrument, aber zugleich ein Bildungsinstrument.

Die Nachrichtenvermittlung dient schon der Bildung. Heute ist neben dem Unterricht in der Schule die Einwirkung der Presse außerordentlich groß, und zwar auf den verschiedensten Gebieten. Die bewußte und unbewußte pädagogische Wirkung der Presse hat gerade die Herren dieses Verbandes seit langem dazu gebracht, sich im Bewußtsein der ungeheuren Verantwortlichkeit der Frage des journalistischen Nachrichtenwesens besonders anzunehmen. So haben wir in der Zeitungswissenschaftlichen

Genossenschaft eine Basis geschaffen, in der Sie und die Regierung einträchtig zusammenarbeiten zur Erzielung eines guten journalistischen Nachrichtenwesens.

Der Journalist ist in enge Beziehung zu dem Beamten zu bringen.

Der Beamte dient dem Staat, und der Journalist dient der öffentlichen Meinung. Bei dem Beamten wie bei dem Journalisten spielt einmal persönliche Eignung und Vorbildung eine Rolle. Hierzu kommt aber das öffentliche Vertrauen.

Der Journalist dient der Geschichte.

Ich freue mich, aus dem Munde Ihres Vorsitzenden gehört zu haben, daß Sie alle sachliche Arbeit in einem Werkgeheimen zusammengeführt hat, und ich hoffe, daß unser ganzes öffentliches Leben von der neuen Sachlichkeit durchdrungen werden möge. Vor einigen Tagen habe ich am Rhein, in Bonn, gesprochen, heute spreche ich hier zu Ihnen in Schlesien, und mein inniger Gruß gilt dem schlesischen Lande, Nieder- und Oberschlesien. Wer Schlesien nicht nur auf der Durchfahrt kennen lernt, sondern in Wirklichkeit, der muß seine historischen Erinnerungen und seine landwirtschaftlichen Schönheiten schätzen. Wer dem Tage dient, dient auch der Geschichte. Der Minister schloß mit den Worten: So grüße ich heute die deutsche Presse als die Wächterin deutscher Ehre und deutschen Ansehens in der Gegenwart und zugleich als die verantwortungsvolle Ständerin deutschen Lebens, deutscher Geistigkeit und Moral vor dem Forum der Geschichte.

Zum Schluß hielt der Vorsitzende des Berliner Verbandes, Dr. Döwlat, einen Vortrag über das Thema „Der deutsche Journalist“. Öffentlichkeit sei das Lebenselement des Journalisten. Ihr sei er verantwortlich, in ihren Dienst habe er sich gestellt. Die Betätigung auf den verschiedenen journalistischen Gebieten sei an eine große Berufsvoraussetzung gebunden: das Verantwortungsbewußtsein. Die erste Forderung, die somit für den Journalisten aufgestellt werde, sei eine Forderung des Charakters. In dem Verantwortungswillen der Journalisten hätten sich zwei Charaktereigenschaften zu finden: Pflichtbewußtsein und Mut. Mut bedingt den ganzen Einsatz der Persönlichkeit samt ihrer geistigen und wirtschaftlichen Existenz für eine gerechte Sache. Redakteure und Verleger hätten sich zum Schutze ihrer unabhängigen journalistischen Arbeit in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und in einem großen Vertragswerk den öffentlichen Charakter dieser Arbeit bestätigt. Wir pochen nicht, so schloß der Redner, auf die vielzitierte Macht der Presse, wir wollen die sittlichen Grundlagen dieser Macht erneuern. Im Bewußtsein unserer gewaltigen geistigen Aufgaben wollen wir uns den Mahnruf des vielleicht größten Journalisten aller Zeiten, des Apostels Paulus, zu eigen machen, der im Hinweis auf den Kampf für jeden neuen Gedanken die Regel verkündete: Den Geist aber dämpft nicht!

Die Delegiertenversammlung hat beschlossen, die nächste Tagung im Jahre 1928 in Abtin abzuhalten, wo zu diesem Zeitpunkt die Internationale Presse-Ausstellung „Presse“ stattfindet.

richtenabteilung Genert. Deutscherseits waren u. a. der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Vorkämpfer a. D. Graf Bernstorff sowie leitende Beamte des Auswärtigen Amtes und der Presseabteilung erschienen, die in angeregter Unterhaltung mit den ausländischen Delegierten und Diplomaten mehrere Stunden verweilt blieben.

### Tagung des Weltverbandes der Völkervereinigungsgesellschaften.

Berlin, 29. Mai. Bei der heutigen Schlussung der Tagung des Weltverbandes der Völkervereinigungsgesellschaften wurde auf Vorschlag des Präsidenten Prof. Kulard die Besendung eines Begrüßungsgrammes an den Reichspräsidenten beschlossen und eine von der französischen Delegation vorgeschlagene Resolution angenommen, die an Deutschland Dank für außerordentlich herabsetzende Maßnahmen ausdrückt. Schließlich gab die Versammlung in einer Erklärung dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß Brasilien und Spanien ihren Vorschlag, aus dem Völkerverbund auszutreten, nicht zur Ausführung bringen mögen. Einstimmig wurde dann beschlossen, die nächste Tagung Kusnana Oktober in Sofia und die folgende im Juni 1928 in Haag abzuhalten.

### Das Ergebnis von Genf.

Am letzten Montag ist der Weltwirtschaftskongress in Genf geschlossen worden. Er hat drei Wochen lang gewagt und war wenigstens in den letzten Tagen in einem gewissen Grade dramatisch bewegt, was zwar das Interesse an den Verhandlungen belebt hat, an sich aber kein gutes Zeichen für den Ernst der erstrebten internationalen Wirtschaftsverständigung ist. Die russischen Delegierten hatten nämlich gedroht, sie würden die Konferenz verlassen, wenn nicht in einer Entschleunigung des sowjetischen Wirtschaftssystems ausdrücklich als verbindlich anerkannt würde. Man hat sich schließlich so geeinigt, daß eine internationale Wirtschaftsverständigung unter den Staaten, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des Wirtschaftssystems, empfohlen würde. Die Russen haben sich zwar bei der Abstimmung gegen eine Reihe von Entschleunigungen ausgesprochen bzw. sich der Stimme enthalten, aber es doch vermieden, der Weltkonferenz durch eine vorzeitige Wreile ein dramatisches Ende zu bereiten. Die Amerikaner haben sich besonders bemüht, eine für die Sowjetvertreter annehmbare These zu formulieren.

Der Vater der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, der Franzose Louis Loucheur, hat dem Vertreter einer französischen Zeitung gegenüber erklärt, das Ergebnis der Konferenz sei überraschend gut; es sei mehr erreicht worden, als man im Herbst 1926 beim ersten Fassen des Planes erwarten durfte. Wenn man sich die Entschleunigungen näher ansieht, denen die Weltkonferenz am Montag gegen wenige Stimmen und bei wenigen Enthaltungen zugestimmt hat, so muß man sagen, daß in der Tat viel erreicht wäre, wenn es sich hierbei nicht um bloße „Empfehlungen“ an die betreffenden Regierungen handelte. Die Genfer Delegierten werden im Laufe dieser Woche in ihrer Heimat eintreffen und der Regierung sowie den großen wirtschaftlichen Verbänden Bericht erstatten. Sie werden, soweit sie den Genfer Entschleunigungen zugestimmt haben, in ihren Parlamenten und bei ihren Regierungen den Wunsch vorbringen, daß entsprechende Gesetze eingebracht bzw. daß Verhandlungen mit anderen Ländern angestrebt werden. Da die Delegierten als sachverständige Privatpersonen und nicht als Vertreter ihrer Regierungen in Genf verhandelt haben, besteht für die Regierungen und die Parlamente höchstens eine moralische Verpflichtung, sich mit den Entschleunigungen zu befassen.

In der wichtigsten Frage — der Zollfrage — hat die französische Delegation eine Niederlage erlitten. Selbst Herr Loucheur, der sich für den Erfolg der Genfer Verhandlungen besonders verantwortlich fühlen mußte, hat die Meinung ausgedrückt, die Zollpolitik müsse von den Regierungen in dem Dignität der nationalen Sicherheit gestellt werden. Das bedeutet in seiner letzten Konsequenz, daß eine Regierung im Namen der nationalen Sicherheit so ziemlich jede Repressalie gegen ausländische Einfuhr anzuwenden berechtigt sein soll. Wichtig ist die Feststellung, daß sich kolonialpolitische Aktionen nicht hinter dem wirklichen oder dem angeblichen finanziellen Interesse eines Landes verbergen dürften. Diese letzte Feststellung richtet sich gegen Großbritannien, das es bisher verstanden hat, jede kolonialpolitische Offensive mit fiskalischen Motiven zu motivieren. Auf der Genfer Konferenz hat sich wieder einmal gezeigt, daß gerade dort, wo die Sentenzen am geringsten sind, das Arbeitsergebnis umso ärder ist. In dem dritten Hauptauschuss, in dem landwirtschaftlichen Ausschuss, war der Wille, zu Erfolgen zu gelangen, am stärksten. Im Industrieauschuss hat die Frage der Zweckmäßigkeit internationaler Kartelle erste Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Die amerikanischen Vertreter haben sich grundsätzlich gegen Kartelle gewandt und die Gewerkschaftsvertreter Frankreichs und Belgiens enthielten sich bei der Abstimmung über die aefachten Beschlüsse der Stimme, da sie ihre Wünsche inbezug auf eine staatliche Beaufsichtigung der Kartelle nicht durchsetzen konnten.

Ein dauernder Wirtschaftsausschuss, der die Arbeiten der Genfer Weltwirtschaftskonferenz fortsetzen könnte, ist nicht gebildet worden. Es wird also Aufgabe derjenigen Kreise sein, die für eine wirtschaftliche Annäherung der Völker eintreten, das Interesse für die aufgeworfenen Fragen so langa lebendig zu erhalten, bis eine befriedigende Lösung erzielt ist. Die nächste Gelegenheit hierzu wird die Tagung der internationalen Handelskammer bieten, die für die Wende Juni-Juli nach Stockholm einberufen worden ist.

### Ein amerikanischer Plan für die Dreimächtekonferenz.

Washington, 28. Mai. In mehreren Konferenzen zwischen Kellogg und dem amerikanischen Botschafter in Brüssel, Duach Gibson, ist ein eingehender Plan für die Einschränkung der Rüstungskosten ausgearbeitet worden, der erst bei Beginn der Dreimächtekonferenz am 20. Juni bekannt gegeben werden soll.

### Englische Kriegsschiffe nach Ägypten unterwegs!

London, 29. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Malta daß drei Schlachtschiffe, die gestern abend in See gingen, für Ägypten bestimmt seien. Das Blatt nimmt an, daß dies im Zusammenhang mit der Ägyptischen Frage, die wegen der Besetzung des Kanals entstanden ist.

### Empfang bei Dr. Stresemann.

Berlin, 28. Mai. Reichsaussenminister Dr. Stresemann veranstaltete heute nachmittag anlässlich der Tagung des Weltverbandes der Völkervereinigungsgesellschaften in Berlin einen Empfang in den Räumen des Palais Prinz Friedrich Leopolds, zu dem neben den in Berlin anwesenden Delegierten der verschiedenen Völkervereinigungsgesellschaften die Missionen des Reichsaussenministeriums geladen waren. Unter den Gästen bemerkte man u. a. den Runtius Pacelli, den französischen Vorkämpfer de Wargerie, den englischen Vorkämpfer Sir Ronald Lindsay, den italienischen Vorkämpfer Grafen Aldrovandi, den japanischen Vorkämpfer Nagaoaka und den amerikanischen Vorkämpfer Schurman, die Gesandten Argentiniens, Brasiliens, Colombiens, Griechenlands, Jugoslawiens, Lettlands, Litauens, Norwegens, Polens, Portugals und der Tschechoslowakei. Von den führenden Völkervereinigungsgesellschaften waren u. a. anwesend Professor Kulard, Sir Edensson, Lady Gladstone, Dimburg, Tolfus, Baron Adelsward, Wardburg, ferner der französische Minister a. D. Emile Borel, vom Völkervereinigungsbüro Paris, Baronne, der Direktor des Völkerver-